

Festvortrag von  
Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair  
Staatsminister a.D.  
anlässlich der Verleihung des Hanns-Seidel-Preises  
für junge Journalisten  
am 15. Dezember 2006 in München

- Es gilt das gesprochene Wort -

## **Zukunft gestalten – Politik aus christlicher Verantwortung**

Anrede!

Im Spätsommer des Jahres 1937 erschien in Zürich das erste Heft der deutschen Exil-Zeitschrift „Maß und Wert. Zweimonatsschrift für freie deutsche Kultur“. Darin konnten die Leser ein Zitat aus einem Gespräch Goethes mit Eckermann finden. Es lautete: „Über die Höhe und sittliche Kultur des Christentums, wie es in den Evangelien schimmert und leuchtet, wird der menschliche Geist nicht hinauskommen.“

Und Thomas Mann, der Mitherausgeber der Zeitschrift und Autor dieses Artikels, fährt mit dem zornigen Gegenwartsblick des Emigranten fort: „Doch heute glauben ein paar pseudorevolutionäre Popular-Literaten in ihrer angeregten Halbbildung, damit fertig zu sein. Ein besonders unzeitiger Dünkel, wahrhaftig! Denn das Christentum war nie einer Zeit und Menschheit notwendiger als dieser gegenwärtigen, für deren Verwirrung und Verwilderung diejenigen, die sich anmaßen das Christentum zu überwinden, das abstoßendste Beispiel bilden.“

Und er formuliert als Resümee: „Wo es sich um Wertverteidigung, um die Bewahrung eines allgemein gültigen humanen Maßes handelt, wird auf der kulturellen Christlichkeit abendländischen Menschentums mit aller Freiheit und Festigkeit bestanden werden müssen.“

Anrede!

Knapp acht dunkle Jahre und einen epochalen Zivilisationsbruch später hatte sich das Volk, als dessen kultureller Repräsentant sich

Thomas Mann im Gefolge Goethes stets gesehen hatte, unter dem Einfluss des Nationalsozialismus dieses „allgemein gültigen humanen Maßes“ mit großer Gründlichkeit entledigt. Es stand vor einem Trümmerfeld, „zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des Zweiten Weltkriegs geführt“ hatte – wie es in der Präambel unserer Bayerischen Verfassung so eindrücklich formuliert ist.

Auf diesem „Trümmerfeld“ galt es aber nun, wieder eine tragfähige Zukunft zu errichten.

Eine Zukunft, nicht gegründet auf die menschenverachtenden Ideologien der soeben überwundenen und im Osten weiterhin präsenten totalitären Regime und politischen Religionen, die sich „anmaßten, das Christentum zu überwinden“.

Sondern eine Zukunft, gegründet „auf der kulturellen Christlichkeit abendländischen Menschentums“, wie Thomas Mann sie hellichtig als unverzichtbar für „die Bewahrung eines allgemein gültigen humanen Maßes“ eingefordert hatte.

Eine Zukunft, nicht in der Form eines christlichen Staates. Aber in Anknüpfung an die Weimarer Zeit und die durchaus christliche Scheidung der zwei Gewalten „Religion“ und „Politik“ in Form einer säkularen demokratischen und liberal-freiheitlichen Ordnung.

Eine Zukunft, gestaltet aus dem erklärten Willen, Politik aus christlicher Verantwortung heraus zu betreiben.

Hierfür standen nicht als einzige, aber doch in herausragendem Maße die Gründungsväter der Christlich-Sozialen Union.

Bereits 1946 hatten sie als Kernstück ihres 30-Punkte-Programms folgendes Bekenntnis formuliert: „Am Irrweg des Nationalsozialismus haben wir erfahren, dass alle rein menschlichen Ordnungsbegriffe brüchig und hinfällig sind. In der Bindung an Gott und in der Verpflichtung unseres Gewissens sehen wir die einzige Gewähr für wahre Freiheit. Als die wesentliche Grundlage unserer Kultur erkennen wir das Christentum.“

Damit postulierten sie in einer Situation der größten äußeren, aber auch inneren Not ein christliches Verständnis des Menschen und der Gesellschaft als Schutz vor Totalitarismus, als einzig mögliche Grundlage für Deutschlands Wiederaufbau, als Maßstab für künftige politische Entscheidungen.

Trotz unbestreitbarer Konzessionen an tagespolitische Notwendigkeiten und trotz gelegentlicher menschlicher Defizite sollte

dieser Anspruch in den darauffolgenden sechs Jahrzehnten wegweisend für den Kurs *der* Parteien sein, die sich mit dem „C“ im Namen auf diese weltanschauliche Grundlage verpflichtet haben.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang vor allem eine Person: Dr. Hanns Seidel.

Nicht deshalb, weil ich einer Stiftung vorstehe, die seinen Namen trägt. Und nicht deshalb, weil wir heute den Preis der Hanns-Seidel-Stiftung für junge Journalisten vergeben. Sondern weil Hanns Seidel fast paradigmatisch für den persönlichen Anspruch stehen darf, Politik aus christlicher Verantwortung heraus gestaltet zu haben.

Dieser politische Denker der 1950er und 60er Jahre hat in großer Klarheit die Notwendigkeit einer ethischen Fundierung und Ordnung politischer Aktivität gesehen und eingefordert. In seinen Reden und Schriften setzte er sich immer wieder mit den damit verbundenen Fragen auseinander. Und er begegnete der schon damals geäußerten Kritik an der CSU als einer dezidiert christlichen Weltanschauungspartei mit den Worten:

„Man will ihr nicht erlauben, ihre Ziele von einem Hintergrund aus zu setzen, der durch die christliche Weltanschauung bestimmt ist. Diese Abwehr wäre gerechtfertigt, wenn eine christliche Partei die Monopolisierung des Christentums erstreben würde. Das wäre dem christlichen Glauben nicht gemäß und müsste die Christen in anderen Parteien erschrecken und verletzen. Man kann aber einer Partei nicht verbieten, ihr politisches Handeln als einen Auftrag anzusehen, der im letzten Grund vor Gott verantwortet werden muss.“

Anrede!

Daran wird sich auch heute eine Partei messen lassen müssen, die in ihrem Namen und in ihrem Programm den Anspruch erhebt, Politik aus christlicher Verantwortung heraus zu betreiben.

Zu begrüßen ist deshalb ausdrücklich die selbstgewählte Herausforderung, der sich die bayerische C-Partei zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellt, indem sie diesen Kerngedanken auch in ihrem neuen Grundsatzprogramm festschreiben wird. „Christliche Verantwortung“, wird dort ausdrücklich als Leitlinie und Maßstab politischen Handelns zu lesen sein, „christliche Verantwortung macht jedes Handeln rechenschaftspflichtig vor Gott und den Menschen.“

Eine solche Selbstverpflichtung, ein solches Bekenntnis zu einem klaren, im Christentum wurzelnden Wertefundament als Basis politischer Entscheidungsfindung ist heute ebenso notwendig wie zu den bedrückenden Exilzeiten Thomas Manns.

Sie ist grundsätzlich notwendig, wenn wir unter der gegenwärtigen „Diktatur des Relativismus“, die nichts als endgültig anerkennt und als letztes Maß nur das eigene Ich und seine Wünsche gelten lässt, dem zentralen Auftrag von Politik gerecht werden wollen. Einem Auftrag, den Papst Benedikt XVI. im vergangenen Dezember in seiner ersten Enzyklika wie folgt definiert hat:

„Die gerechte Ordnung der Gesellschaft und des Staates ist zentraler Auftrag der Politik. Ein Staat, der nicht durch Gerechtigkeit definiert wäre, wäre nur eine große Räuberbande, wie Augustinus einmal sagte: ‚Remota itaque iustitia quid sunt regna nisi magna latrocinia?‘ – Gerechtigkeit ist Ziel und daher auch innerstes Maß aller Politik. So steht der Staat praktisch unabweisbar immer vor der Frage: Wie ist Gerechtigkeit hier und jetzt zu verwirklichen? Und diese Frage setzt die andere, grundsätzlichere voraus: Was ist Gerechtigkeit? An dieser Stelle berühren sich Politik und Glaube.“

Anrede!

Was zunächst etwas theoretisch und abstrakt klingen mag, offenbart seine Aktualität und Brisanz, wenn wir nach der Umsetzung der genannten Maximen in politisches Handeln fragen. Wenn wir fragen: Wo wird eine Politik aus christlicher Verantwortung angesichts der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts konkret?

Im Folgenden werde ich eine Antwort am Beispiel von zwei großen Herausforderungen versuchen, denen wir uns gegenwärtig gegenübersehen.

Ich nenne zuerst den demographischen Wandel und seine Folgen.

Von all den Problemen, denen unser Land heute gegenüber steht, ist dieser „Megatrend“ der Überalterung oder treffender gesagt der Unterjüngung unserer Gesellschaft langfristig eines der brisantesten.

Im Deutschland des Jahres 2050 wird die Hälfte der Bevölkerung älter als 48 Jahre und jeder Dritte 60 Jahre oder älter sein. Aufgrund der Eigendynamik der Bevölkerungsentwicklung lassen sich diese großen Bevölkerungstrends zu Lebzeiten unserer Kinder und Enkelkinder kaum mehr grundsätzlich umkehren.

Anrede!

Man muss kein studierter Demoskop sein, um angesichts der alarmierenden Zahlen zu erkennen, dass der demographische Wandel nicht erst in einem halben Jahrhundert zu Problemen führen wird. Die gewaltige Herausforderung des „Vergehens unserer Gemeinschaft“ hat längst begonnen.

Solidarität der Generationen, soll sie bewahrt werden, muss deshalb sukzessive neu organisiert werden. Ziele das bisherige sozialstaatliche Denken auf die Ausweitung der kollektiv abzusichernden Lebensrisiken, auf die Ausweitung des Betreuungs- und Fürsorgedenkens, auf staatliche Rundumsicherung, so brauchen wir in Zukunft den aktivierenden Sozialstaat des 21. Jahrhunderts, der auf Eigenverantwortung und subsidiär organisierter Solidarität beruht.

Mit „Solidarität“ und „Subsidiarität“ sind zwei solche zentralen Orientierungslinien aus dem Wertefundus der christlichen Soziallehre benannt:

Beide Prinzipien knüpfen an die christliche Auffassung vom Menschen als Person an, der nicht Mittel zum Zweck, sondern in seiner Gottesebenbildlichkeit bereits Selbstzweck ist.

Beide Prinzipien können uns heute helfen und morgen im politischen Entscheidungsprozess Wegweisung und Durchsetzungskraft geben, trotz der angespannten Situation abnehmender Verteilungsspielräume, die den sozialen Frieden in unserem Land langfristig ernsthaft gefährden, in christlicher Verantwortung die Solidarität der Generationen nicht aufzugeben.

Beide Prinzipien fordern uns auf, auch künftig für ein menschenwürdiges Dasein aller in einer in Gerechtigkeit versöhnten Gesellschaft einzustehen.

Dabei bedeutet „Gerechtigkeit“, dass wir jedem seinen Anteil an den Gütern der Gemeinschaft gemäß seiner Leistungsfähigkeit und seiner persönlichen Anstrengung sichern. Weshalb zu einer gerechten Gesellschaft sowohl die Hilfe für die Schwachen als auch die sogenannte Leistungsgerechtigkeit gehören.

Jeder muss die Möglichkeit haben, sich zu entfalten und einen gerechten Ertrag für seine Leistung zu bekommen. Wer aber trotz persönlicher Anstrengungen nicht für sich selbst sorgen kann, etwa in Folge von Alter, Behinderung oder Krankheit, muss sich ohne Wenn und Aber auf die Solidarität aller verlassen können.

Dieser Ausgleich zwischen Eigenverantwortung und Solidarität stellt für eine Politik aus christlicher Verantwortung das unverrückbare, aus der christlichen Soziallehre abgeleitete Leitbild auf dem Weg zu einem gerechten und zukunftsfähigen Sozialstaat dar.

Anrede!

Als zweites Beispiel nenne ich die rasante Entwicklung in den Biowissenschaften, insbesondere im Humanbereich. Sie wird den

politisch Verantwortlichen in Zukunft noch in weitaus stärkerem Maße komplexe und schwerwiegende Entscheidungen abverlangen.

Schon heute erlauben immer mehr Staaten die vorgeburtliche Geschlechtswahl des Menschen, also die Selektion menschlichen Lebens im Reagenzglas. Politiker haben in Belgien und Großbritannien die Zeugung sogenannter „Designer-Babys“ als lebende Ersatzteillager für ihre schwerkranken Geschwister freigegeben. Vergangenen September wurde im britischen Newcastle die Genehmigung zur Herstellung eines Embryos mit drei Eltern erteilt. Schottische Forscher berichten von ihrer erfolgreichen Züchtung vaterloser menschlicher Embryonen.

Und in wenigen Generationen könnten und werden aller Voraussicht nach Menschen existieren, deren Eltern nie geboren wurden, weil ihre Ursprünge auf die im Labor gezüchteten Stammzell-Linien zurückzuführen sind.

Der Mensch soll nach dem Willen seiner irdischen Schöpfer nicht mehr irrational gezeugt, sondern rational produziert werden.

Damit aber verändert sich etwas ganz Entscheidendes. Es verändert sich das Verhältnis des Menschen zu sich selbst von Grund auf. Er ist nicht mehr ein Geschenk der Natur oder, wie wir Christen glauben, eines liebenden Schöpfergottes, sondern er ist sein eigenes Produkt.

Der Mensch ist, wie Papst Benedikt XVI. sich ausdrückte, in die Brunnenstube der Macht hinuntergestiegen, an die Quellorte seiner eigenen Existenz.

Die Versuchung, nun erst den vollkommenen Menschen zu konstruieren, die Versuchung, mit Menschen zu experimentieren, die Versuchung, Menschen als Müll anzusehen und zu beseitigen, ist kein Hirngespinnst fortschrittsfeindlicher Moralisten mehr, sondern längst Alltag des wissenschaftlichen Fragens.

Die Handlungsmaxime, dass der Mensch alles darf, was er kann, setzt sich immer weiter durch. Auf diese Weise entstehen auch auf dem politischen Parkett neue Zwänge. Und es entsteht vor allem eine neue Herrschaftsklasse. Denn letztendlich entscheiden so diejenigen, die über das fachliche Können verfügen, und diejenigen, welche die Mittel verwalten, künftig über das Geschick der Menschheit. Nicht hinter der Forschung zurückzubleiben, wird zu einem unentrinnbaren Zwang, der seine menschenverachtende Richtung selbst bestimmt.

Doch die ehrlichen Antworten auf die Frage „Was ist gut für den Menschen?“ finden wir weder in der Natur noch in unseren

technischen Möglichkeiten und schon gar nicht unter dem Diktat sich verschärfender Verteilungskämpfe um knapper werdende Finanzen.

Anrede!

Zuerst und zuletzt geht es auch hier um Wertentscheidungen. Und deshalb ist es unabdingbar, und sollte künftig auch mit größter Vehemenz eingefordert werden, dass sich gerade die politischen Entscheidungsträger Rechenschaft darüber ablegen, welches Bild vom Menschen sie eigentlich haben, welches Bild vom Menschen sie ihren Entscheidungen zugrunde legen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die für uns Christen wie gesagt aus der Gottebenbildlichkeit des Menschen resultiert, auch künftig der Eckpfeiler ethischer Ordnungen sein und bleiben muss, an dem nicht gerüttelt wird.

Es gibt keine Güterabwägung, die es rechtfertigt, den Menschen als Experimentiermaterial für höhere Zwecke zu behandeln.

Die Unantastbarkeit der Menschenwürde – das muss bedeuten, dass diese Würde für jeden gilt, der Menschenantlitz trägt und der biologisch zur Spezies Mensch gehört. Auch der leidende, der behinderte, der ungeborene Mensch ist Mensch. Funktionale Kriterien können und dürfen hier keine Bedeutung haben.

Solange Menschenwürde lediglich verstanden wird als eine kulturelle Konvention, die sich menschlicher Zuschreibung verdankt, bleibt sie nicht nur antastbar, verletzlich und entziehbar. Sie ist in diesem Fall auch gar nicht in ihrem eigentlichen Wesen und Status erkannt, geschweige denn ernst genommen.

Umgekehrt erweist sich die Entdeckung der Menschenwürde und das ethische, rechtliche und eben auch politische Eintreten für sie als einer der wertvollsten Bestandteile des jüdischen, griechischen und christlichen, und das heißt auch: des abendländischen religiösen, philosophischen und kulturellen Erbes, mit dem unsere Gesellschaft heute gar nicht sorgsam genug umgehen kann.

Darum ist die Menschenwürde als ein fester Bestandteil des christlichen Menschenbildes nicht nur unverzichtbares Thema der christlichen Theologie und der kirchlichen Verkündigung, sondern sie ist auch Leitbild für eine Politik aus christlicher Verantwortung im Zeitalter biotechnologischer Entgrenzungen.

Über vieles von dem, was ich eben gesagt habe, lässt sich sicher mit sehr unterschiedlichen Argumenten trefflich diskutieren. Nur eines sollte unumstritten sein:

Zu den aus dem Christentum erwachsenen zentralen abendländischen Werten wie Menschenwürde, Freiheit, soziale Verpflichtung und Ehrfurcht vor dem unerforschlichen Urgrund der Welt darf es für uns keine Alternative geben.

Das gilt auch für den Dialog der Kulturen:

Nur wenn Europa sich auch im Dialog mit dem Islam diese innere Identität bewahrt, wird das faszinierende Projekt einer europäischen „Einheit in Vielfalt“ wirklich eine Zukunft haben.

Blicken wir abschließend auf diese zwei von mir angerissenen großen Themenbereiche nochmals zurück, so tritt eines klar zu Tage: Keiner dieser Herausforderungen werden wir längerfristig in der Politik auch nur ansatzweise gewachsen sein, ohne uns Rechenschaft darüber abgelegt zu haben, aus welcher Verantwortung heraus wir Politik betreiben.

Ich für meinen Teil – und damit schließe ich – halte mich in dieser Frage ohne Wenn und Aber an die klare Aussage Thomas Manns, mit der ich meinen Vortrag begonnen habe: „Wo es sich um Wertverteidigung, um die Bewahrung eines allgemein gültigen humanen Maßes handelt, wird auf der kulturellen Christlichkeit abendländischen Menschentums mit aller Freiheit und Festigkeit bestanden werden müssen.“